

Luzern, 14. März 2022

Jugendpartizipation in der Gemeinde ermöglichen

Kurzfassung der Studie

Dominic Zimmermann, Alina Schmuziger, Institut für Soziokulturelle Entwicklung

Hintergrund

Das Projekt "Jugendpartizipation in der Gemeinde ermöglichen" widmete sich der Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener in Schweizer Gemeinden. Dabei ging das Projektteam von der Prämisse aus, dass der erfolgreiche Einbezug der jüngeren Generation in das Gemeindeleben (im Sinne einer politischen und zivilgesellschaftlichen Mitwirkung am Gemeinwesen) nicht nur von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst abhängt, sondern massgeblich auch von jenen Personen, welche die Jugendpartizipation in solchen meist anforderungsreichen Settings fördern und damit erst ermöglichen. Diese sind beispielsweise VertreterInnen der Gemeindebehörden, der offenen Kinder- und Jugendarbeit und SozialarbeiterInnen. Indem das Projekt auf Bedürfnisse, Haltungen, Arbeitsweisen und Arbeitsbedingungen dieser sogenannten "Enabler*innen" fokussierte, beleuchtete das Projekt einen bislang weitgehend vernachlässigten Aspekt der Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an der Gemeinde. Es unterschied sich folglich von einem Grossteil der bisherigen Forschung, bei der meist die Bedürfnisse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Mittelpunkt standen.

Im Rahmen einer explorativen Studie wurde eine gemeindeübergreifende Perspektive eingenommen und es wurden zentrale Elemente, Herausforderungen und Gelingensfaktoren des Enablings aus der Perspektive der Förderpersonen herausgearbeitet. Indem basierend auf den Resultaten der Studie in einer anwendungsorientierten Broschüre Handlungsempfehlungen für das Überwinden potenzieller Stolpersteine der Förderung der Partizipation junger Menschen an der Gemeinde ausgearbeitet wurden, sollte ein Beitrag geleistet werden, die Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen am Gemeindeleben nachhaltig zu verbessern.

Vorgehen

Für die Identifikation der Bedürfnisse, Haltungen, Arbeitsweisen und Arbeitsbedingungen der Enabler*innen wurde ein zweistufiges Vorgehen angewandt. In einem ersten Schritt wurden Einzelinterviews mit Enabler*innen aus fünf Aargauer und vier Zürcher Gemeinden geführt und mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet. In einem zweiten Schritt wurden die gewonnenen ersten Resultate in Fokusgruppen (Gruppengesprächen) mit den bereits interviewten Personen sowie mit Projektvertreter*innen weiterer Gemeinden aus der Deutschschweiz und der Romandie diskutiert und

reflektiert. So konnten in der ersten Phase entwickelte Hypothesen überprüft und Zusammenhänge genauer ausgearbeitet werden. Zudem wurden ergänzend weitere Einzelinterviews mit Personen geführt, welche nicht an den Fokusgruppen teilnehmen konnten und eine komplementierende Sichtweise einbringen konnten (z.B. Interview auf Italienisch mit zwei Vertreter*innen einer Tessiner Gemeinde). In beiden Projektschritten wurden sowohl Gemeinden berücksichtigt, in denen der Einbezug von Jugendlichen und jungen Erwachsenen erfolgreich war bzw. ist, als auch solche, bei denen Jugendpartizipation wieder zum Erliegen kam. Zudem wurde anhand weiterer Kriterien (u.a. Gemeindegrösse, ländliche vs. urbaner Kontext, unterschiedliche Projekttypen und Jugendpartizipationsgefässe, Enabler*innen aus Kommunalpolitik vs. aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit, siehe Forschungsbericht) eine möglichst hohe Diversität im Untersuchungssample angestrebt. Das genaue Vorgehen kann der folgenden Tabelle entnommen werden (siehe auch Forschungsbericht für eine detaillierte Darstellung der einzelnen Punkte).

Zusammenfassung der Studienresultate

Die im Forschungsbericht diskutierten Formen der Partizipationsförderung zielen darauf ab, Jugendlichen (und in einigen Fällen bereits Kindern) die Möglichkeit zur Teilnahme an der Mitgestaltung ihrer Gemeinde zu geben. Durch den stärkeren Einbezug der jungen Menschen in die gemeinsamen Entscheidungsfindungen soll die Gemeinde attraktiver für die Jugendlichen werden; gleichzeitig wird damit teilweise kompensiert, dass Jugendliche aufgrund ihres Alters von institutionellen demokratischen Prozessen ausgeschlossen sind. Überdies sind mit Jugendpartizipationsvorhaben häufig Zielsetzungen der politischen Bildung verknüpft: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sollen im Sinne der Nachwuchsförderung an das politische System der Gemeinde herangeführt werden und Erfahrungen sammeln, die sie zu einem späteren Engagement in der Kommunalpolitik motivieren und befähigen.

Gemeinsam ist den in der Studie diskutierten Projekte und Gefässe, dass Jugendliche in Bereiche der Gestaltung des Gemeinwesens und des Sozialraums der Gemeinde einbezogen werden, welche für sie ohne weitere Förderung nicht leicht zugänglich wären. In solchen Fällen hängt die Qualität der Jugendpartizipation auch von den Enabler*innen und deren Arbeitsbedingungen ab. Für den längerfristigen Einbezug von jungen Menschen in Gemeindeprozesse ist es deshalb von zentraler Bedeutung, Enabler*innen Grundlagen zu bieten, welche nicht nur lebensweltorientierte Arbeit mit Jugendlichen thematisieren, sondern auch die Komplexität von Gemeinden, insbesondere von Gemeindeverwaltungen und der kommunalen Politik berücksichtigen. Die explorative Studie und ihre Übersetzung in Form einer praxisorientierten Broschüre durch den Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) leisten hierzu einen Beitrag.

Spannungsfelder

Jugendpartizipationsförderung, welche als Arbeit zwischen der Lebenswelt der Jugendlichen und dem politischen und administrativen System der Gemeinde charakterisiert werden kann, und die Arbeit mit unterschiedlichen Anspruchsgruppen von Jugendlichen führen dazu, dass Enabler*innen bei ihrer Arbeit mit einer Reihe von Spannungsfeldern konfrontiert sind.

- **Partizipationsförderung zwischen System und Lebenswelt:** Die Resultate zeigen, dass Partizipationsförderung zu einem grossen Teil ressourcenintensive Beziehungsarbeit auf Seiten der Erwachsenen sowie der Jugendlichen ist. Dabei sind die Enabler*innen mit unterschiedlichen Anforderungen und Logiken konfrontiert: Einerseits muss die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen niederschwellig und relativ offen gestaltet werden und darf häufig nur beschränkte Verpflichtungen mit sich bringen. Andererseits zeichnen sich administrative und politische Prozesse von Gemeinden durch stärkere Formalisierung und Verbindlichkeit aus – tendenziell entfernt von Lebenswelten von Jugendlichen. Um diesen unterschiedlichen Anforderungen gerecht zu werden, ist von den Enabler*innen ressourcenintensive Vermittlungsarbeit gefordert, beispielweise im Umgang mit unterschiedlichen Zeithorizonten. Während sich die Lebenswelt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen häufig eher durch Kurzlebigkeit auszeichnet und Resultate der Partizipationsvorhaben dementsprechend rasch sichtbar werden sowie Partizipationsformen genügend offengehalten werden sollen, lassen sich bei der Arbeit von Gemeindebehörden häufig längere Zeiträume für administrative Prozesse beobachten – was den kurzfristigen Handlungsspielraum einschränken kann. Eine Möglichkeit damit umzugehen ist, dass Enabler*innen in direktem Kontakt mit den zuständigen Gemeindeakteur*innen versuchen, administrative Abläufe zu beschleunigen und handkehrum den Jugendlichen die zeitlichen Abläufe von administrativen oder politischen Prozessen aufzuzeigen und sie zu motivieren, während längerer Prozesse am Ball zu bleiben. Um solche Prozesse niederschwellig, übersichtlich und motivierend zu behalten, kann es auch hilfreich sein, Prozesse in Teilprozesse zu unterteilen, deren Abschluss dann jeweils auch gemeinsam gewürdigt oder gefeiert werden kann. Um Vermittlungsarbeit zu meistern, ist für Enabler*innen eine gute Vernetzung und ein umfangreiches Verständnis der politischen Instrumente und Prozesse in der Gemeinde notwendig, damit die Anliegen der Jugendlichen zum richtigen Zeitpunkt in die Prozesse eingebracht werden können. Diese Passungsleistung unterschiedlicher Anforderungen benötigt gute Kenntnisse und Kommunikation auf beiden Seiten und genügend Ressourcen für Enabler*innen.
- **Zwischen niederschwelliger Mitsprache und ergebnisorientierter Mitwirkung von wenigen:** Ein anderes mehrmals konstatiertes Spannungsfeld betrifft einen Trade-Off zwischen breiter niederschwelliger Zugänglichkeit und dem Erzielen von konkreten Ergebnissen. Projekte, welche über längere Dauer konkrete Ergebnisse bewirken wollen, und Jugendpartizipationsgremien können für einige Jugendliche unattraktiv oder überfordernd wirken, da sich Jugendliche womöglich über längere Zeit mit einem Thema beschäftigen müssen, sich teilweise mit Detailfragen auseinandersetzen oder mit Fachpersonen und institutionellen Rahmenbedingungen befassen müssen. So haben auch Partizipationsprojekte und -gefässe in dieser Studie gezeigt, dass längerfristige Projekte oder Jugendgremien sich so entwickeln, dass letztlich einige wenige Jugendliche (v.a. ältere mit entsprechendem Bildungshintergrund) Projekte voranbringen und respektable Ergebnisse erzielen. Solche sichtbaren Ergebnisse sind für viele Jugendliche wichtig, um sie für die Teilnahme an Partizipationsvorhaben zu motivieren, jedoch kann gerade die damit einher gehende stärkere Verpflichtung Jugendliche auch wieder ausschliessen. Hier kann, wie weiter unten aufgeführt, eine Aufteilung der Partizipationsvorhaben in Teilprojekte sinnvoll sein, wobei nicht alle Teilprojekte die gleiche Zielgruppe ansprechen müssen. Auch eine Klärung, ob bei Partizipationsvorhaben und in welcher Phase stärker ein politisch-bildender Anspruch oder das Erarbeiten konkreter Resultate (oder beides) verfolgt werden sollte, kann entlastend wirken und Partizipationsvorhaben eine klarere Richtung geben.

- **Zwischen unterschiedlichen Zielvorstellungen involvierter Akteur*innen:** Selbst wenn für Enabler*innen Klarheit bezüglich der Zielsetzungen der von ihnen begleiteten Partizipationsvorhaben herrscht, sind diese letztlich häufig mit der Situation konfrontiert, dass andere involvierte Akteur*innen unterschiedliche Erwartungen und Zielvorstellungen hinsichtlich Jugendpartizipation haben können. Die Ziele von Gemeindepolitiker*innen sind in Bezug auf Jugendpartizipationsprojekte nicht automatisch deckungsgleich mit den Zielen der Jugendlichen. Diesbezüglich führten Interviewpartner*innen aus, dass für «echte» Jugendpartizipation zentral ist, die Jugendlichen an erste Stelle zu setzen und diese vor zu starker Eimischung oder gar Instrumentalisierung durch Gemeindepolitiker*innen zu bewahren, d. h. die Autonomie der Jugendlichen und ihrer Entscheidungsprozessen u.a. auch gegenüber den eigenen Vorgesetzten zu verteidigen und anwaltschaftlich für die Jugendlichen einzustehen. Zudem sind Enabler*innen gefordert, um zu grossen Enttäuschungen vorzubeugen, frühzeitig auf mögliche Grenzen der Partizipation hinzuweisen und Erfolgskriterien stärker an der Prozessqualität zu messen anstatt an spezifischen (quantitativen) Resultaten wie beispielsweise der Anzahl Teilnehmender.

Erfolgsfaktoren

Die Handlungsweisen der befragten Enabler*innen im Umgang mit den beschriebenen Spannungsverhältnissen sind vielfältig. Nachfolgend sollen die begünstigenden und notwendigen Bestandteile einer Jugendpartizipationskultur in der Gemeinde zusammengefasst werden:

Ein breites Verständnis von Jugendpartizipation entwickeln und vermitteln: Geht es darum, Jugendliche stärker an der Gemeinde partizipieren zu lassen, müssen diese in ihren Bedürfnissen, Interessen, Anliegen und Möglichkeiten abgeholt werden, um auch die Motivation von Jugendlichen sicherzustellen. Partizipation muss im Alltag verankert sein – dies betrifft auch die Formen und Gefässe der Partizipation. Das bedeutet, dass Enabler*innen passende Formen und Gefässe zu passenden und gewünschten Themen finden müssen, die und in denen Jugendliche (mit)gestalten können. Am Alltag der Jugendlichen anzuknüpfen bedeutet dabei auch, bereits bestehende Formen von Jugendpartizipation zu eruieren, aufzunehmen und als Beitrag für die Gemeinde sichtbar zu machen. Ein Verständnis über die eigene Rolle als Enabler*innen scheint in diesem Zusammenhang ebenfalls förderlich. Fungieren Enabler*innen als Vermittler*innen, Umsetzer*innen der Interessen von Gemeindepolitiker*innen, Anwalt*innen der Jugendlichen, Begleiter*innen etc.? Gleichzeitig ist es für ein zielgerichtetes und transparentes Enabling hilfreich, sich über das eigene Verständnis von Jugendpartizipation im Klaren zu sein sowie sich über dasjenige weiterer involvierter Akteur*innen, inkl. der Jugendlichen selbst, zu verständigen.

Partizipationsgelegenheiten finden: Grundsätzlich ist im gesellschaftlichen Diskurs Partizipation Jugendlicher positiv konnotiert und ihr Nutzen kann argumentiert werden. Dennoch ist neben einer legitimatorischen Grundlage (z.B. Partizipations- oder Inklusionsziele im Gemeindeleitbild) häufig ein spezifischer Anlass oder eine spezifische Struktur notwendig, um Ressourcen von Seite der Gemeinde zu erhalten und/oder um erste Schritte und Erfahrungen mit partizipativen Prozessen zu machen, damit deren Machbarkeit und Nutzen erprobt und gegenüber anderen Gemeindeakteur*innen aufgezeigt werden kann. Erste Partizipationsvorhaben können als Basis weiterer Vorhaben dienen und das Ziel verfolgen, Jugendliche in möglichst viele Aspekte der Gemeindeentwicklung zu involvieren. Als organisatorischer Ausgangspunkt können dabei spezifische Strukturen für Jugendliche wie z.B. Jugendarbeit, Jugendvereine, Jugendrat, Schule dienen. Diese Strukturen sind vor allem als Anknüpfungspunkt für

Gemeinden wichtig, damit Jugendpartizipation fassbar und adressierbar wird. Ebenso sind sie Grundlage für die Beziehungspflege mit den Jugendlichen.

Jugendpartizipationsnetzwerke auf Seite der Gemeinde aufbauen: Funktionierende Netzwerke bilden die Grundlage dafür, dass Jugendpartizipation ein Thema der ganzen Gemeinde(verwaltung) wird – oder zumindest der Stellen, welche mit Jugendthemen konfrontiert sind. Dazu soll kontinuierlich für Anliegen der Jugendlichen sowie Jugendpartizipation sensibilisiert werden und die Umsetzung von partizipativen Prozessen überprüft werden. Zuständige Stellen aus der Gemeinde(verwaltung) können so potentiell wichtige Entwicklungen für Jugendliche an Enabler*innen melden und gemeinsame Partizipationsprojekte können frühzeitig lanciert werden. Dafür ist es wichtig, die unterschiedlichen Gemeinderät*innen und Stellenleiter*innen über Sinn, Zweck und Möglichkeiten von Jugendpartizipation aufzuklären und Erfordernisse sowie Möglichkeiten der Enabler*innen für den Einbezug von Jugendlichen in Vorhaben der Gemeindeentwicklung zu klären.

Jugendpartizipation legitimieren und Commitment schaffen: Damit diese Netzwerke funktionieren, braucht es nicht nur regen Austausch und das wiederkehrende Thematisieren von Jugendanliegen/-partizipation, sondern auch die Verankerung von Jugendpartizipation als Aufgabe der gesamten Gemeinde sowie entsprechende Legitimationsgrundlagen (z.B. durch Festhalten von konkreten Partizipationszielen in Leitbildern und Legislaturzielen auf Gemeindeebene). Die Teilnahme der Gemeinde an überkantonalen Programmen (Unicef-Label, Engage-Prozess, Förderprogramme von Kantonen oder des Bundes im Bereich Jugendpartizipation) kann ebenso Legitimation verschaffen. Ein zentraler Aspekt ist hierbei, dass die Stärkung von Jugendpartizipation in der Gemeinde ein stetiger Entwicklungsprozess ist und Zeit benötigt. Um eine Kultur der Jugendpartizipation in der Gemeinde zu verankern, sind entsprechend auch wiederkehrende Ressourcen notwendig.

In Zusammenarbeit mit weiteren Akteur*innen unterschiedliche Gefässe für Jugendanliegen schaffen: Mit flexibel den jugendlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten angepassten Gefässen können Jugendanliegen möglichst niederschwellig aufgegriffen und thematisiert werden. Dazu wird am Alltag von Jugendlichen angeknüpft: thematisch (bei ihren Interessen), bezüglich ihrer Mitwirkungskompetenzen sowie räumlich (an Orten ihres Alltags). Gerade die Zusammenarbeit mit der Schule kann diesbezüglich unterstützend wirken.

Verbindungen zwischen unterschiedlich anspruchsvollen Gefässen schaffen: Nicht nur auf Seite der Enabler*innen und weiterer Akteur*innen können Synergien genutzt werden, auch zwischen unterschiedlichen Jugendpartizipationsgefässen. Während niederschwelligere Gefässe mehr Jugendliche involvieren können, erlauben eher hochschwellige und damit selektivere Gefässe wie Jugendparlamente einigen Jugendlichen ein sinnstiftendes längerfristiges und stärker jugendinitiiertes Engagement. Unterschiedliche Gefässe können miteinander vernetzt werden; beispielsweise können Jugendparlamente oder -räte mit Unterstützung von Enabler*innen niederschwellige Jugendsessionen in der Gemeinde durchführen. Solche Verbindungen zwischen Gefässen erlauben zudem, dass in niederschwelligeren Gefässen partizipative Erfahrungen gesammelt werden können, die in hochschwelligeren Formen weiterentwickelt werden können. Decken unterschiedliche Gefässe zudem unterschiedlichste Lebensbereiche ab (z.B. Partizipationsgefässe in Schule sowie auf Gemeindeebene), kann dies ein wichtiger Schritt dazu sein, Jugendpartizipation umfassend in der Gemeinde zu verankern.

Koppelung mit Gemeindepolitik und Verwaltung sicherstellen: Neben den Verbindungen von Jugendpartizipationsprojekten und -gefässen untereinander, so dass Jugendpartizipation auch stark von Jugendlichen getragen werden kann und Übergänge zwischen Gefässen geschaffen werden können, ist auch die zuverlässige Koppelung dieser Jugendpartizipationsgefässe mit der Gemeinde zentral. Dazu dienen:

- Diskussionen mit Gemeindevertreter*innen, um das gemeinsame Verständnis zu erhöhen, Auskunft über Realisierungsmöglichkeiten von Anliegen zu geben oder Rechenschaft abzulegen.
- Spezifische kommunalpolitische Instrumente mit möglichst verbindlichem Charakter lancieren: Jugendvorstösse, Kommissionseinsitze, Jugendbudgets (Kredite), Jugendräte etc.
- Online-Tools, um die Kommunikation mit Gemeindevertreter*innen zu ermöglichen.
- Klare Kommunikationswege und Zuständigkeiten insb. für Partizipationsgefässe und -projekte, die mit grosser Selbständigkeit von Jugendlichen getragen werden (es muss klar sein, an wen sich die Jugendlichen wann und wie wenden können).
- Unterstützung der Jugendlichen bei der Kommunikation mit Gemeindevertreter*innen, z.B. bezüglich Form (Projektdossier erarbeiten) oder Sprache.

Erwartungen klären und Partizipationsqualität sicherstellen: Schliesslich ist eine transparente dialogische Kommunikation bezüglich des Vorgehens, der Voraussetzungen und der Möglichkeiten von Partizipationsprozessen notwendig, um bei allen Involvierten, also den Jugendlichen, erwachsenen Gemeindeakteur*innen und bei einem selbst die Erwartungen an die Ziele sowie den Prozess zu klären. Sind die Rahmenbedingungen einmal festgelegt, ist deren transparente und für alle Involvierten verständliche Kommunikation wichtig, um falschen Erwartungen und Enttäuschungen vorzubeugen. Die Enabler*innen sind dabei jedoch nicht reine Moderator*innen unterschiedlicher Erwartungen, ihnen kommt als Verantwortlichen für die Jugendpartizipationsförderung auch die kritische Aufgabe zu, «echte» Partizipation für alle Jugendlichen einzufordern: Um entmutigende Scheinpartizipation oder Alibipartizipation zu verhindern ist es notwendig,

- sicherzustellen, dass Jugendliche autonom entscheiden können, d.h. dass sie nicht von anderen Personen (auch anderen Jugendlichen) bei ihren Entscheidungen beeinflusst werden;
- dass in Partizipationsvorhaben Jugendliche über möglichst alle für sie wichtigen Themen mitentscheiden können und dabei tatsächlich einen substanziellen Entscheidungsspielraum haben, welcher für die Jugendlichen einen Unterschied macht (d.h. über Detailfragen hinausgeht);
- dass die Jugendlichen nicht instrumentalisiert werden, wenn z.B. Partizipationsverfahren nur dort eingesetzt werden, wo Partizipation diese Vorhaben zu legitimieren scheint, weil die Jugendlichen erwartungsgemäss den eigenen Zielen entsprechend entscheiden werden. Auch bei «unangenehmen» Themen sollen Jugendliche mitreden können;
- vorgängig, während und nach dem Partizipationsprozess Verbindlichkeit seitens der Gemeindeakteur*innen einzufordern. Gemeindevertreter*innen sollen den Prozess ermöglichen (genügend Ressourcen müssen vorhanden sein), im Prozess mitwirken und den Jugendlichen auf Augenhöhe begegnen. Schliesslich sollen Entscheidungen aus partizipativen Prozessen oder Gremien verbindlich umgesetzt werden oder die Nicht-Umsetzung den Jugendlichen nachvollziehbar begründet werden. Auch die Institutionalisierung von Partizipationsrechten z.B. für Jugendgremien wie Jugendräte oder

Jugendsessionen zur verbindlichen Behandlung von Jugendanliegen in den Organen der kommunalen Behörden sind ein wichtiger Bestandteil einer verankerten Partizipationskultur einer Gemeinde, in welcher Jugendpartizipation eine Selbstverständlichkeit ist.

Um Enttäuschungen und Eindrücken von Alibipartizipation vorzubeugen, ist zudem wichtig, dass den in mit der Gemeinde vorgängig abgesprochenen partizipativen Verfahren beschlossenen **Jugendanliegen tatsächlich Folge** geleistet wird oder Jugendlichen erklärt wird, warum ihre Anliegen nicht weiterbearbeitet werden können. Um Jugendlichen Autonomie in ihren Entscheidungen zu gewährleisten, scheinen auch **eigene Budgets** unter eigener Entscheidungskompetenz für Jugendgremien dienlich zu sein. Selbstredend sollen die Jugendlichen bei der Ausgestaltung dieser Settings einbezogen werden.

Eine starke Demokratie braucht die Beteiligung aller Bürger*innen, besonders auch die der jungen Menschen. Jugendpartizipation ist mehr als ein Recht von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sondern wirkt sich positiv auf deren spätere Beteiligungsbereitschaft innerhalb der Gemeinde und die Förderung des Milizsystems aus, welches wiederum für das Funktionieren von Gemeinden zentral ist. Um die Herausforderungen, Gelingensbedingungen und Zusammenhänge der Jugendpartizipationsförderung zu verstehen, ist die Fokussierung auf die Arbeit und die Arbeitsbedingungen von Enabler*innen wichtig. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind dafür auch vorbereitende und vermittelnde Arbeiten, die im Hintergrund ohne direkten Kontakt zu Jugendlichen ablaufen, und Arbeiten, durch welche Enabler*innen Jugendliche mit anderen Akteur*innen der Gemeinde in Verbindung bringen.

Die Studie ist online erhältlich unter: <https://zenodo.org/record/5730487#.YcGf4LmZPb0>

Kontakt: dominic.zimmermann@hslu.ch